

Machen BürgerInnenräte einen Unterschied? Vergleichende qualitative Analyse der Wirkungen ausgewählter nationaler BürgerInnenräte zum Problem Klimawandel

Erich Griessler/Shaua Stack (Wien)

Erich Griessler/Shaua Stack: *Machen BürgerInnenräte einen Unterschied? Vergleichende qualitative Analyse der Wirkungen ausgewählter nationaler BürgerInnenräte zum Problem Klimawandel* (S. 6–26)

In den letzten Jahren wurden in vielen Ländern BürgerInnenräte eingerichtet, um mit dieser Form deliberativer Demokratie die Bevölkerung stärker in die Bearbeitung des komplexen Problems Klimawandel einzubinden. Auf der Grundlage einer explorativ-vergleichenden qualitativen Studie untersucht dieser Beitrag die Auswirkungen solcher Klimaräte auf die Politikgestaltung in Frankreich, Irland, Deutschland und Schottland und identifiziert Faktoren, die ihre Wirkung fördern oder behindern. Der Artikel zeigt in drei Ländern Auswirkungen von Klimaräten auf die Politik auf. Darüber hinaus ergeben sich Auswirkungen auf den Inhalt und die Qualität des politischen Diskurses, das Wissen und die Einstellungen der TeilnehmerInnen und deren politisches Engagement. Allerdings sind diese Wirkungen von einer Reihe von Faktoren abhängig, wie etwa von der Macht und den Interessen verschiedener politischer AkteurInnen, der Schnittstelle zwischen Klimarat und Politik, dem konkreten politischen Kontext des Klimarates, der politischen Kultur des jeweiligen Landes und der Legitimität des Klimarates innerhalb des politischen Systems. Der Beitrag schließt mit einigen aus den Fallstudien abgeleiteten Empfehlungen für zukünftige Klimaräte.

Schlagerwörter: BürgerInnenräte, Klimaräte, deliberative Demokratie, Klimawandel, Klimapolitik, internationaler Vergleich

Erich Griessler/Shaua Stack: *Do Climate Assemblies Make a Difference? Comparative Qualitative Analysis of the Effects of Selected National Citizens' Councils on Climate Change* (pp. 6–26)

In recent years, citizens' assemblies have been set up in many countries to involve the public more closely in addressing the complex issue of climate change through this form of deliberative democracy. Based on an exploratory comparative, qualitative study, this article examines the impact of such climate assemblies on policymaking in France, Ireland, Germany and Scotland and identifies factors that promote or hinder their effectiveness. The article shows that climate assemblies had an impact on policy in three countries. There were also effects on the content and quality of political discourse, the knowledge and attitudes of participants, and their political engagement. However, these effects depend on a number of factors, such as the power and interests of various political actors, the interface between the climate council and politics, the specific political context of the climate assembly, the political culture of the respective country and the legitimacy of the climate assembly within the political system. The article concludes with some recommendations for future climate councils derived from the case studies.

Keywords: citizens' assemblies, climate assemblies, deliberative democracy, climate change, climate policy, international comparison

1. Einleitung

Klimawandel ist ein „wicked problem“¹ (Rittel/Webber 1973, Devaney et al. 2020), weil er es der Politik aufgrund vielfältiger Interessenkonflikte, festgefahrener Positionen und oft vorherrschenden kurzfristigen Denkens erschwert, rasch zu effektiven und akzeptierten Entscheidungen zu gelangen (z. B. Gupta et al. 2007). Viele Länder, darunter auch Österreich², haben auf diese Komplexität des Problems des Klimawandels u. a. damit reagiert, mit deliberativen BürgerInnenräten zu experimentieren und so zu versuchen, die Bevölkerung stärker einzubinden.³

BürgerInnenräte sind sogenannte „Mini-Publics“ (Smith 2009, Escobar/Elstub 2019), in denen eine Gruppe unterschiedlicher und zufällig ausgewählter BürgerInnen ein Thema von öffentlichem Interesse berät (Smith/Setälä 2018). BürgerInnenräte sind demokratische Innovationen (Smith 2009, Elstub/Escobar 2019, OECD 2020), die „die Rolle der BürgerInnen in der Regierungsführung neu definieren und vertiefen“ sollen (Escobar/Elstub 2019, 3). Ihre aktuelle Konjunktur baut auf einer langen Tradition anderer demokratischer Innovationen der letzten Jahrzehnte auf, wie z. B. auf den Konsenskonferenzen (Joss 1998), „citizen juries“, Vorschlägen zur Wahlrechtsreform oder partizipativen Budgets (Dryzek/Tucker 2008, Fournier et al. 2011, Dryzek et al. 2019, Elstub et al. 2021, Karlsson et al. 2021).

Klimawandel ist als Thema deliberativer Bevölkerungsbeteiligung besonders geeignet, weil traditionelle politische Strukturen und Prozesse bisher nicht die notwendige Dynamik entfaltet haben, um ausreichenden Wandel zu bewirken (Vlerick 2020). Traditionelle politische Institutionen sind beim Klimawandel mit vielen Paradoxien konfrontiert: Der oft technokratische Charakter von Klimapolitik schließt BürgerInnen tendenziell von politischer Entscheidungsfindung aus; starke Unternehmensinteressen und Lobbying haben bei Entscheidungsfindungen in der Umweltpolitik eine lange Tradition; es besteht ein Gegensatz zwischen dem langfristigen Zeithorizont der Klimaproblematik und vergleichsweise kurzen Politik- und Wahlzyklen; die jüngste Generation, die vom Klimawandel am stärksten betroffen sein wird, ist von Wahlen ausgeschlossen (Blue 2015, Harris 2021, Ross et al. 2021, Verret-Hamelin/Vandamme 2021). Andererseits wird der Wert der BürgerInnenbeteiligung für die Politikgestaltung weiterhin auch kontrovers diskutiert (Papadopoulos 2007, Mansbridge et al. 2012, Lafont 2017, Niessen 2019, Hammond 2021, Kersting 2021). Inwiefern können BürgerInnenräte also ihr Versprechen erfüllen, einen Beitrag zur Lösung von „wicked problems“ zu leisten?

¹ „wicked“ hier im Sinne von tückisch und vertrackt.

² Die Bundesregierung veranstaltete 2022 als Reaktion auf das Klimavolksbegehren im Jahr 2020 den Klimarat (<https://klimarat.org>, n. d.). Dieser ist nicht Teil des Samples dieses Beitrags, da er bereits umfassend evaluiert wurde (Buzogány et al. 2022).

³ Im Jahr 2021 wurde das „Knowledge Network on Climate Assemblies“ (KNOCA) gegründet, um den Austausch und das gemeinsame Lernen über Klimaräte zu organisieren und zu fördern. Die Website gibt einen internationalen Überblick über Klimaräte (<https://knoca.eu>, n. d.).

Dieses Problem aufgreifend, befasst sich dieser Beitrag⁴ mit der „Wirkung“ von Klimaräten und fragt: Was fördert oder behindert die Wirkung von Empfehlungen von Klimaversammlungen auf die Politik? Dabei konzentriert sich der Artikel auf die Auswirkungen von Klimaräten auf das politische System und verwendet dabei die etablierte Unterscheidung zwischen „*polity*“, „*policies*“ und „*politics*“ (z. B. Heidenheimer 1986), wobei „*polity*“ die institutionelle, „*policy*“ die inhaltliche Dimension von Politik und „*politics*“ den politischen Prozess beschreibt. Im Artikel wird das Verständnis von Wirkung erweitert, um eine Vielzahl sozialer und kontextueller Faktoren einzubeziehen.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 erläutert Methodik und Datengrundlage. Kapitel 3 stellt die Klimaräte in Frankreich, Irland, Deutschland und Schottland vor. Kapitel 4 widmet sich ihren Auswirkungen im Hinblick auf Klimapolitik, den politischen Diskurs, Öffentlichkeit und Medien, die Legitimität deliberativer Demokratie sowie auf die TeilnehmerInnen. Kapitel 5 befasst sich mit Erklärungsfaktoren für diese Wirkungen, wobei insbesondere die Bedeutung des politischen Kontexts, die Wahrnehmung der Legitimität der BürgerInnenräte sowie ihre Schnittstelle zu politischen Institutionen thematisiert werden. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung (Kap. 6) und mit Lehren für zukünftige BürgerInnenräte, wobei auch Grenzen der durchgeführten Forschung und ihrer Ergebnisse erörtert werden (Kap. 7).

2. Methodik und Datengrundlage

Für die Beantwortung der Fragestellung wurden Klimaräte in Frankreich, Irland, Deutschland und Schottland untersucht, die auf nationaler Ebene organisiert wurden. Jene in Irland und Frankreich wurden gewählt, weil sie gut erforscht sind und daher eine gute analytische Grundlage für die Untersuchung von „Mini-Publics“ bilden. Die Klimaräte in Deutschland und Schottland sind jüngeren Datums und sollten die empirische Basis des Beitrags verbreitern. Kriterien für die Fallauswahl waren:

- BürgerInnenräte auf nationaler Ebene, deren Mandat Klima beinhaltet.
- In Anlehnung an Merkmale von „Mini-Publics“ muss eine ähnlich große Gruppe von (ca. 100 bis 150) BürgerInnen zufällig durch Losverfahren rekrutiert werden. Die Mitglieder wurden von ExpertInnen über Klima und mögliche politische Maßnahmen informiert.
- Die Versammlungen erarbeiteten Empfehlungen, die von politischen Institutionen anerkannt wurden.

Der Artikel beantwortet die Frage nach Wirkungen von Klimaräten nicht, indem er nachzeichnet, welche Spuren ihre Empfehlungen in politischen Institutionen, Berichten,

⁴ Grundlage dieses Artikels ist ein englischsprachiges Working Paper (Stack/Griessler 2022). Dieses wurde für den Beitrag übersetzt, inhaltlich überarbeitet und gekürzt. Für die Rohübersetzung wurde das Programm DeepL verwendet. Diese wurde stilistisch und grammatikalisch von den AutorInnen gründlich überarbeitet. Die Arbeiten zu diesem Beitrag wurde vom EU-Programm „*Horizon Europe*“ im Rahmen des CLIMAS Projekts (Grant Agreement Nr. 101094021) gefördert. Weitere Informationen zu CLIMAS finden sich auf <https://www.climas-project.eu/>.

Gesetzen, (sozialen) Medien oder Umfragen hinterlassen haben. Er verwendet stattdessen als Näherungswert für ihre Wirkungen die Einschätzungen von Personen, die in den Klimaräten eine wichtige Funktion eingenommen haben. Für jeden der vier Klimaräte befragten wir eine Person, die an der Organisation beteiligt war. Zusätzlich interviewten wir für Frankreich, Deutschland und Irland ForscherInnen, die als ExpertInnen zu den Klimaräten beitrugen oder zu partizipativer Demokratie forschen.⁵ Der Leitfaden für die sieben teilstrukturierten Interviews wurde aus den Ergebnissen der vorangegangenen Literaturrecherche entwickelt. Zunächst wurde der/die Befragte gebeten, sich vorzustellen und seine/ihre Rolle im Klimarat zu beschreiben. Danach wurden Fragen nach dem Prozess des Klimarats gestellt, sowie auch nach den Empfehlungen, den Einstellungen unterschiedlicher AkteurInnen zum Klimarat, der Rolle der Öffentlichkeit sowie dem Kontext des Klimarats. Die Klimaräte fanden zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt, daher konnten etwaige Auswirkungen zum Erhebungszeitpunkt im Jahr 2022 im unterschiedlichen Ausmaß sichtbar werden. Die Interviews wurden im Februar 2022 online durchgeführt und dauerten zwischen 45 Minuten und einer Stunde. Sie wurden aufgezeichnet und transkribiert. Die Transkripte wurden zur weiteren Bearbeitung in F4 importiert und schließlich mittels Themenanalyse mit Atlas.ti qualitativ ausgewertet (Froschauer/Lueger 2003).

3. Vorstellung der Fallstudien

3.1 Fallstudie Frankreich

Der französische Klimarat⁶ wurde von Präsident Macron als Reaktion auf das *Mouvement des Gilets jaunes*⁷ initiiert, vom Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (ESEC) organisiert und von Oktober 2019 bis Juni 2020 durchgeführt. Die OrganisatorInnen bezeichneten ihn als „*demokratisches Experiment*“, um „*eine Reihe von Maßnahmen (zu definieren, die es ermöglichen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 (im Vergleich zu 1990) im Geiste der sozialen Gerechtigkeit um mindestens 40 Prozent zu reduzieren*“ (<https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/en/>, n. d.). Der Präsident verpflichtete sich, „*diese Gesetzes- und Regulierungsvorschläge ‚ohne Filter‘ entweder einem Referendum, einer Abstimmung im Parlament oder einer direkten Umsetzung zu unterziehen*“ (ebd.). Am Klimarat nahmen 150 BürgerInnen und jeweils drei ExpertInnen für Klima und partizipative Demokratie teil, sowie vier aus dem Wirtschafts- und Sozialsektor. Der Klimarat war für neun Monate anberaumt und mit einem Budget von 5,5 Mio. Euro ausgestattet. Er erarbeitete 149 politische Vorschläge, von denen der Präsident drei mit

⁵ Für Schottland war es wegen Terminproblemen während der Erhebungsphase nicht möglich, ein/e zusätzliche ExpertIn zu interviewen.

⁶ *Convention Citoyenne pour le Climat*.

⁷ Das *Mouvement des Gilets jaunes* (Gelbwesten-Bewegung) war eine Protestwelle in den Jahren 2018/2019, die sich zunächst gegen eine Reform der Kraftstoffsteuer richtete, später ausbreitete und schließlich viele Themen aufnahm; ein gemeinsames Thema war die Enttäuschung über die politische Klasse (Grossman 2019).

Veto belegte. Diese von ihm so genannten „drei Joker“ betrafen eine Verfassungsänderung, die Ökozid in die Verfassung aufnehmen sollte, eine Steuer auf Unternehmensdividenden zur Finanzierung des Klimaschutzes und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen (Giraudet et al. 2021, Tourney 2021, KNOCA 2022).

3.2 Fallstudie Irland

Der irische BürgerInnenrat⁸ wurde von den beiden Häusern des Parlaments initiiert, die im Juli 2016 dessen Veranstaltung zustimmten (Farrell et al. 2019, Devaney et al. 2020, Harris 2021). Der BürgerInnenrat war nicht der erste in Irland und diskutierte nicht nur Klimawandel. Insgesamt behandelte er fünf Themen, davon war die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs die prominenteste und umstrittenste. Der BürgerInnenrat tagte von März 2017 bis April 2018; die Klimafrage wurde an zwei Wochenenden im Herbst 2017 diskutiert. Die Fragestellung lautete, wie Irland bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Führungsrolle übernehmen kann. Für jedes Thema stand eine beratende ExpertInnengruppe zur Verfügung. Während der thematischen Sitzungen sprachen auch Sachverständige. Das Budget des Klimarats, an dem sich 100 BürgerInnen beteiligten, betrug 1,5 Mio. Euro. Es wurden 13 Empfehlungen und ein abschließender Bericht erarbeitet (Farrell et al. 2019, Devaney et al. 2020, Muradova 2020, Courant 2021, Harris 2021, Torney 2021, KNOCA 2022).

3.3 Fallstudie Deutschland

Der deutsche Klimarat⁹ geht auf eine zivilgesellschaftliche Initiative zurück, wurde vom gemeinnützigen Verein BürgerBegehren Klimaschutz e.V. initiiert und von April bis Juni 2021 durchgeführt (<https://buergerrat-klima.de/> n.d.). Der sogenannte „Bürgerrat Klima“ sollte eine ehrgeizigere und wirksamere Klimapolitik fördern, um das Engagement Deutschlands für das Pariser Abkommen (Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad) zu verwirklichen. Der wissenschaftliche Beirat wählte die Bereiche Mobilität, Gebäude/Heizung, Energieerzeugung und Lebensmittel aus. Der Bürgerrat hatte insgesamt 160 Teilnehmende. Das Budget von 1,9 Mio. Euro wurde durch Spenden aufgebracht. Der Bericht (Bürger-Klima-Bericht 2021) wurde im Juni 2021 veröffentlicht und im Herbst desselben Jahres den Parteien im Deutschen Bundestag übergeben. Der Bürgerrat hatte keine formelle Verbindung zu offiziellen politischen Institutionen wie Parlament und Regierung, war aber so geplant, dass er die Bundestagswahl und die darauf folgenden Koalitionsverhandlungen beeinflussen konnte.

3.4 Fallstudie Schottland

In Schottland tagte bereits im Jahr 2019 ein erster BürgerInnenrat; damals zur Frage der Zukunft Schottlands (Elstub et al. 2020). Der schottische Klimarat¹⁰ arbeitete von November 2020 bis März 2021. Das Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 verpflichtete die

⁸ *Tionol Saoranach.*

⁹ *Bürgerrat Klima.*

¹⁰ *Seanadh Gnàth-shìde na h-Alba.*

Ministerien, einen BürgerInnenrat zu organisieren, der von zwei unabhängigen Organisationen unterstützt werden sollte. Sein Auftrag war, die Regierung bei der Entscheidungsfindung für die Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen. Der Klimarat sollte sich mit der Frage befassen: „Wie sollte sich Schottland verändern, um den Klimanotstand auf effektive und faire Weise zu bewältigen?“ Die in einem Vorab-Prozess ermittelten zentralen Themen dienten auch als Leitfaden für die Auswahl der ExpertInnen und der während der Versammlung zu präsentierenden Informationen. Die Mitglieder des Klimarats trafen einander an sechs Wochenenden. Am vierten Wochenende beantragte der Klimarat zusätzliche Zeit für Lern- und Beratungszwecke und beschloss, ein siebtes Wochenende hinzuzufügen. Das vorläufige Budget war mit 1,4 Mio. Pfund geplant. Schließlich einigte sich der Klimarat auf 81 Empfehlungen. Der Abschlussbericht wurde der Regierung am 23. Juni 2021 übergeben. Nachdem diese im Dezember 2021 auf die Empfehlungen der Versammlung reagiert hatte, wurden die Mitglieder des Klimarats zu einer abschließenden Sitzung eingeladen. Dieses achte und letzte Wochenende fand im Februar 2022 statt.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über Eckpunkte der vier Klimaräte.

Tabelle 1: Eckpunkte der vier Klimaräte

	Irland	Frankreich	Deutschland	Schottland
Zeitraum	2017/2018	2019/2020	2021	2020–2022
Initiative	Parlament	Präsident	Zivilgesellschaft	Parlament
Fragestellung	„Wie kann Irland bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Führungsrolle übernehmen?“	Definition „einer Reihe von Maßnahmen, die es ermöglichen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 (im Vergleich zu 1990) im Geiste der sozialen Gerechtigkeit um mindestens 40 Prozent zu reduzieren“	„ehrzeigigere und wirksamere Klimapolitik fördern, um das Engagement Deutschlands für das Pariser Abkommen (Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad) zu verwirklichen“	„Wie sollte sich Schottland verändern, um den Klimanotstand auf effektive und faire Weise zu bewältigen?“
Output	13 Empfehlungen und Bericht	149 Empfehlungen	Bericht	Bericht
Anzahl der BürgerInnen	100	150	160	105
Budget	1,5 Mio. Euro	5,5 Mio. Euro	1,9 Mio Euro	1,4 Mio. Pfund

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

4. Ergebnisse/Auswirkungen

Der Vergleich zeigt, dass es für „Mini-Publics“ einen breiten Begriff von „Wirkung“ braucht, um die Auswirkungen auf Politiken, politischen Diskurs, Öffentlichkeiten, Medien, deliberative Demokratie und die TeilnehmerInnen zu erfassen.

4.1 Wirkungen auf Politiken

Die Klimaräte unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wirkung auf konkrete Politiken. Während die InterviewpartnerInnen zum französischen Klimarat diesen Einfluss kritisch sahen, bewerteten die zu den irischen, deutschen und schottischen Klimaräten Befragten ihn deutlich positiver.

Ein französischer Interviewpartner verglich die Ergebnisse der *Convention Citoyenne pour le Climat* mit einer Flasche, die als „halb voll oder halb leer“ betrachtet werden könne. Die Empfehlungen wären ein wichtiges Ergebnis gewesen und hätten einen „großen Unterschied für die Klimapolitik“ gemacht. Er war allerdings enttäuscht über konkrete politische Auswirkungen des Klimarats und meinte, dass „die Reaktion der Regierung (...) die Vorschläge wirklich stark untergraben hat, so dass sie nicht wirklich viel zur aktuellen Politik beigetragen haben.“ Der Klimarat habe aber auch selbst dazu beigetragen, seine politische Wirkung zu schwächen, weil er ein mögliches gesamtstaatliches Referendum aus Angst vor dessen negativem Ausgang abgelehnt habe. Auch der zweite Befragte beurteilte die politische Wirkung des Klimarats sehr kritisch und meinte, dass dieser nicht „viel“ bewirkt habe. Der Präsident habe zu Beginn des Klimarats versprochen, seine Ergebnisse nicht zu „filtern.“ Am Ende belegte er drei Vorschläge mit einem Veto. Darüber hinaus habe das im Anschluss an den Klimarat verabschiedete Gesetz nicht dessen Vorschlägen entsprochen und diese „verwässert.“ Entgegen dem Versprechen des Präsidenten wäre der Klimarat am Ende ein stark gefilterter Prozess gewesen. Die Aufnahme seiner Ergebnisse durch politische Parteien entsprach, so der Interviewpartner, weitgehend dem politischen Spektrum. Die linken Parteien wollten radikale Vorschläge aufgreifen, die rechten Parteien kritisierten die Vorschläge als zu weitreichend, den Klimarat insgesamt als voreingenommen und den Prozess als schlecht organisiert, ohne ihn jedoch, so der Befragte, genauer verfolgt zu haben.

In Irland nahmen die PolitikerInnen die meisten Vorschläge des Klimarats in einem gemeinsamen parlamentarischen Ausschuss an. Die einzige Ausnahme war eine Steuer auf Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft. Dies sei nicht verwunderlich, so ein irischer Interviewpartner, da die Landwirtschaft im Kontext des Klimawandels in Irland das schwierigste und umstrittenste Thema sei. In Bezug auf die politischen Auswirkungen stellte er einen direkten Zusammenhang zwischen dem Vorschlag des Klimarats und der Verabschiedung eines Klimagesetzes im Juli 2021 her, das u. a. „ein Netto-Null-Ziel bis spätestens 2050 und ein Reduktionsziel für 2030 von 51 Prozent gegenüber dem Niveau von 2018“ sowie eine stetig steigende CO₂-Steuer „verankert“ habe.

Den Bürgerrat bewertete ein deutscher Interviewpartner „definitiv [als] Erfolg“. Er sei zwar „kein 100-prozentiger Erfolg, (...) aber es ist so etwas wie ein 80-prozentiger Erfolg.“ Bereits im Vorfeld hätten mehrere politische Parteien erklärt, die Empfehlungen

ernsthaft zu prüfen. Der Klimarat stand unter Zeitdruck, rechtzeitig Empfehlungen zu erarbeiten, die auf den Koalitionsvertrag 2021 zwischen SPD, Grünen und Liberalen (FDP) Einfluss haben könnten. Nach Einschätzung der Befragten hat der Klimarat den Koalitionsvertrag in mehrfacher Hinsicht beeinflusst. Die Empfehlungen stimmten weitgehend mit den Positionen der Regierung überein. Hinsichtlich der Auswirkungen auf Politiken stellte ein Befragter ein ähnliches Muster wie in Frankreich fest: Jede Partei griff Argumente aus den Vorschlägen des Klimarates entsprechend den politischen Präferenzen auf. Während die Grünen betonten, dass die ehrgeizigen Ziele des Rates ihre bereits vertretenen Positionen bestätigten, hob die SPD die Forderungen nach Gerechtigkeit in der Klimapolitik hervor. Die FDP betonte die Notwendigkeit, nicht zu viel Geld auszugeben. Die CDU/CSU, die seit Herbst 2021 in der Opposition war, äußerte sich laut Aussage des Interviewpartners eher zurückhaltend. Da zum Befragungszeitpunkt erst wenig Zeit seit dem Abschluss des Klimarates vergangen war, beschränkte sich die politische Wirkung des Klimarats zu dieser Zeit auf das Versprechen der Regierung, die Ergebnisse zu berücksichtigen.

Die schottische Regierung war verpflichtet, dem Klimarat Auskunft über die Umsetzung der Empfehlungen zu geben. In einer detaillierten Antwort erklärte die Regierung nicht, dass sie alle Empfehlungen im Detail umsetzen würde, sondern dass sie sich durch den Klimarat ermutigt und bestätigt fühle, dass die Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen sähen und Schottland dabei eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Die Versammlung trat Anfang 2022 erneut zusammen, um die Reaktion der Regierung zu erörtern, äußerte sich zum Teil kritisch zur Umsetzung der Empfehlungen und bat um ein weiteres Treffen in einem Jahr.

4.2 Wirkungen auf den politischen Diskurs

Der irische BürgerInnenrat zeigt beispielhaft die positiven Wirkungen, die BürgerInnenräte auf die Qualität des politischen Diskurses haben können. Der Rat hatte, so ein Befragter, „eine Art Katalysatorwirkung auf den gesamten politischen Entscheidungsprozess“, weil er einen „Kontrapunkt zu dem Argument“ setzte, dass die Menschen keine Politik unterstützen würden, die sie direkt betreffe, und dass sie sich nicht für den Klimawandel interessierten. Der Klimarat habe grundlegende Annahmen über Thema, AkteurInnen und Diskurs verändert. Wie erwähnt, befasste sich der BürgerInnenrat auch mit der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Dabei habe der BürgerInnenrat „einen sichereren Raum für Diskussionen“ geschaffen und eine sachliche Debatte ermöglicht: In dieser seien viele Mythen, die jahrzehntelang über Schwangerschaftsabbruch bestanden hätten, entkräftet worden, da der bisher vorherrschende, stark polarisierte Diskurs eine sachliche Auseinandersetzung mit ihnen verhindert habe. Die Diskussionen im BürgerInnenrat veränderten die Qualität des öffentlichen und politischen Diskurses.

Ein deutscher Interviewpartner erklärte, wie eine solche Versachlichung des politischen und öffentlichen Diskurses zustande kommt. Er erläuterte, dass sich der Diskussionsprozess in BürgerInnenräten stark von üblichen „Bürgerversammlungen“ in Gasthäusern unterscheidet, wo emotionale und emotionalisierte Kontroversen und die

Verteidigung der eigenen Interessen dominierten. Ziel eines BürgerInnenrats sei es nicht unbedingt, neue Ideen zu entwickeln, denn dafür stünden andere Beteiligungsmethoden zur Verfügung, sondern Empfehlungen zu konflikträchtigen Themen zu erarbeiten. Zufällig ausgewählte BürgerInnen seien in diesem Prozess eher in der Lage, konfliktreiche Probleme zu diskutieren, da sie ihre gewohnten Rollen verlassen würden. BürgerInnenräte seien Meinungsbildungsprozesse, keine Meinungsumfragen. Sie zielten auf das Gemeinwohl und die Entwicklung kollektiv bindender Empfehlungen und Lösungen in Konfliktfragen ab, auch wenn dies bedeute, individuelle Interessen zurückzustellen. Der spezifische Diskussionsprozess fördere die Orientierung der TeilnehmerInnen auf Gemeinwohl und Kompromiss sowie in gewissem Maße auch die Zurückstellung von Eigeninteressen. Letztlich sei diese Veränderung der Diskursqualität ein wichtiges Ergebnis des Prozesses, der auf den Beratungen im Klimarat und der darin entstehenden Bereitschaft beruhe, Eigeninteressen zurückzustellen. Dies kann sich auch auf den breiteren öffentlichen Diskurs auswirken, wie die Debatte um Schwangerschaftsabbruch in Irland zeigt.¹¹

4.3 Wirkungen auf Öffentlichkeiten und Medien

In Frankreich war das öffentliche Bewusstsein für den Klimarat, so ein Befragter, gering. Der Teil der Öffentlichkeit, der davon wusste, war wohlwollend, aber auch skeptisch, wie die Regierung mit den Ergebnissen umgehen würde. Die Medienberichterstattung erreichte zu bestimmten Zeitpunkten Höhepunkte, z. B. als der Präsident vor dem Klimarat sprach, als die Versammlung ihm ihre Vorschläge übergab und bei einem Folgetreffen mit dem Präsidenten. Für Deutschland meinte ein Befragter, dass die meisten Menschen die Versammlung nicht wahrgenommen hätten. Ein anderer glaubte nicht, dass der Klimarat die Einstellung der Bevölkerung sehr verändert habe, da er vermutete, dass mehr als 80 Prozent der deutschen Bevölkerung für den Klimaschutz seien und sich dies in den letzten zwei bis drei Jahren nicht geändert habe. In Irland hatte, so ein Befragter, Klimawandel zum Zeitpunkt der Versammlung 2017/18 nicht die gleich große Bedeutung wie im Jahr 2022. Er merkte an, dass das Thema Abtreibung in der Öffentlichkeit viel präsenter war als das Thema Klima. In Schottland, so die Befragte, stehe der Klimawandel ganz oben auf der politischen Agenda. Die Öffentlichkeit habe sich jedoch nicht sehr für den Rat zum Klimawandel interessiert, obwohl es Aktivitäten in den sozialen Medien gegeben habe und die Öffentlichkeit zu Beginn des Prozesses die Möglichkeit gehabt habe, sich einzubringen.

Ein für den französischen Klimarat Befragter bewertete die Medienberichterstattung als gut, äußerte sich aber auch kritisch über deren Kritik an den Vorschlägen des Klimarats. Im irischen Fall war die Medienberichterstattung über das Klimathema nach Angaben der Befragten umfangreich, das öffentliche Interesse an der Frage des Schwangerschaftsabbruchs jedoch deutlich höher. In Deutschland gab es nach Aussage eines Befragten nur begrenzt negative Berichterstattung über den Klimarat. In einigen Fäl-

¹¹ Die Interviewten in Schottland und Frankreich sprachen die Versachlichung von Konflikten in Klimaräten nicht an.

len wurden die Repräsentativität des Prozesses in Frage gestellt und die ausreichende Vertretung weniger privilegierter Gruppen moniert. Jedoch, so der Befragte, hätten die OrganisatorInnen nie den Anspruch erhoben, im wissenschaftlichen Sinn repräsentativ zu sein. Es gab kaum Kritik, dass die Bürgerversammlung manipuliert werden könnte oder die Tagesordnung nicht angemessen sei. Im Allgemeinen akzeptierten Medien den Prozess und sahen ihn als neu und interessant an.

Eine Evaluierung des schottischen Klimarats (Andrews et al. 2022, 124) ergab, dass die Anzahl der Medienberichte mit 151 gegenüber 206 Artikeln geringer war als beim ersten BürgerInnenrat zur Zukunft Schottlands im Jahr 2019. Dies ist jedoch darauf zurückzuführen, dass der erste Klimarat eine Premiere war und daher mehr Medienaufmerksamkeit erhielt. Umfragen zeigten, dass die Mehrheit der schottischen Öffentlichkeit die Ziele, Ambitionen und Empfehlungen des Klimaschutzrates unterstützte (ebd.).

4.4 Wirkungen auf deliberative Demokratie

Die Durchführung eines Klimarats kann ein positives oder negatives Beispiel für deliberative Demokratie sein und damit Forderungen nach ihrer Einführung stärken oder schwächen. Der Vergleich zeigt, dass deliberative Demokratie in Irland, Deutschland und Schottland gestärkt wurde, während sie in Frankreich geschwächt wurde.

Ein für Frankreich Befragter nahm in der Öffentlichkeit zwar den Wunsch nach Partizipation, aber auch Skepsis wahr. Er sah den Klimarat wegen seiner begrenzten politischen Wirkung und der Entscheidung, die Beschlüsse keinem Referendum zu unterziehen, als „große verpasste Chance.“ Er resümierte, dass „die Frage des Referendums von zentraler Bedeutung [sei]. (...) Wenn man will, dass dieses Instrument funktioniert, dann ist das meiner Meinung nach die einzige Lösung. Es sollte ein Referendum geben oder etwas, das transparent und klar integriert ist.“ Der zweite Befragte sah die Glaubwürdigkeit des Konzepts durch PolitikerInnen, die ihre Versprechen nicht eingehalten hatten, und durch Defizite im Prozess beschädigt. Auch er nahm Schaden für deliberative Demokratie insofern wahr, als die Vorschläge nicht ausreichend aufgegriffen wurden, und erläuterte, dass ein späterer BürgerInnenrat zu COVID-19 in den Medien auf Skepsis stieß und wenig beachtet wurde. Der Klimarat habe „die Erwartungen an diese Art von Instrumenten in gewisser Weise wirklich gedämpft.“ Andererseits habe er Argumente für umweltfreundliche Politik gestärkt, da deren BefürworterInnen sich nun darauf berufen könnten, dass der Klimarat ihre Forderungen unterstützt habe.

Irland machte positive Erfahrungen mit BürgerInnenräten. Ein Befragter zog eine direkte Linie von ersten, akademischen Experimenten, die Erfahrungen sammelten, bis zur ersten Anwendung als legitimes, aber noch nicht institutionalisiertes Instrument (vgl. Devaney 2020). Im Jahr 2022 waren BürgerInnenräte, so der Befragte, im irischen politischen System als ein praktikables und legitimes Instrument bekannt, dessen Verstärkung diskutiert wurde.

Zum Erhebungszeitpunkt bestand in Deutschland ein Trend zu BürgerInnenräten. Der erste BürgerInnenrat des Deutschen Bundestages zum Thema „Mehr Demokratie“ wurde vom Parlament gut angenommen, eine BürgerInnenkonferenz zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“ folgte. BürgerInnenräte gab es auch in der Forschungs-

und Gesundheitspolitik. Ein Befragter beobachtete im Interesse für BürgerInnenräte in Deutschland seit mehr als 50 Jahren ein Auf und Ab oder „Wellen“, die unterschiedliche Ursachen hätten. Aktuell gebe es wieder ein Hoch, da die Politik sie als Ausweg aus Konfrontationssituationen wahrnehme, in denen sie sich etwa mit radikalen BürgerInnen befinde, die Hassreden in den sozialen Medien verbreiteten. Im Gegensatz zu Aspekten des Planens und der Vorausschau, die bei früheren „Höhepunkten“ des Interesses an BürgerInnenbeteiligung im Zentrum standen, sei es PolitikerInnen heute wichtig, mit Situationen umzugehen, in denen sie persönlich angegriffen würden. Der Befragte erwähnte drei Formen von Wirkungen des Klimarats auf die vermehrte Nutzung deliberativer Demokratie in Deutschland: Erstens wurden bereits zu Beginn der Koalitionsverhandlungen 2021 BürgerInnenräte als wichtiges Element der Politikberatung genannt. Auch im Koalitionsvertrag werden BürgerInnenräte als demokratische Innovation angeführt. Schließlich wird im Klimaschutzprogramm mehr BürgerInnenbeteiligung gefordert und ist im Wissenschaftsteil des Koalitionsvertrags von der verstärkten Erprobung partizipativer Verfahren für Politikberatung die Rede.

Auch in Schottland trug der Klimarat zur Legitimität und zum Aufbau von Vertrauen in deliberative Demokratie bei. Der Klimarat habe, so die Befragte, politischen EntscheidungsträgerInnen einige nützliche Empfehlungen gegeben, auch wenn nicht alle umsetzbar gewesen seien oder die von den BürgerInnen gewünschte Wirkung erzielt hätten. Insgesamt hätte der Klimarat politischen Institutionen den Nutzen des Prozesses aufgezeigt. Eine Umfrage¹² nach Durchführung des Klimarats zeigte in der Bevölkerung Unterstützung für deliberative Demokratie. 69 Prozent der Befragten stimmten der Aussage stark oder eher zu, dass „BürgerInnenräte ein guter Weg sind, um herauszufinden, was die BürgerInnen zu Themen denken.“ 61 Prozent befürworteten stark oder eher, dass „die Regierung mehr in Veranstaltungen wie BürgerInnenräte investieren sollte.“ 63 Prozent stimmten stark oder eher zu, dass „BürgerInnenräte eine gute Möglichkeit sind, Menschen in die Entwicklung von Empfehlungen zu wichtigen Themen einzubeziehen.“ 67 Prozent waren stark oder eher der Ansicht, „dass wir die Art und Weise, wie BürgerInnen in Entscheidungen eingebunden werden, grundlegend ändern müssen“ (Andrews et al. 2022, 112).

4.5 Wirkungen auf die TeilnehmerInnen

Die Befragten berichteten auch von Wirkungen auf die Mitglieder der Klimaräte. In Frankreich schärfte der Klimarat deren Bewusstsein für Klimakrisen und für die Wichtigkeit des Problems und politisierte die TeilnehmerInnen. Ein Befragter beschrieb, „(sie) waren beeindruckt von (...) den wissenschaftlichen Fakten und der Ernsthaftigkeit des Problems.“ Ihr Engagement endete nicht mit dem Klimarat: Einige kandidierten bei Kommunalwahlen und erlangten politische Mandate, andere gründeten einen Verein, um die Umsetzung der Vorschläge weiter zu verfolgen, an denen sie gearbeitet hatten. In ähnlicher Weise erwähnte ein Befragter, dass sich eine Teilnehmerin in Irland so sehr für das Thema interessierte, dass sie ein Studium zum Klimawandel be-

¹² Die Anzahl der Befragten war 1.917.

gann. Für Deutschland stellte ein Befragter fest, dass die BürgerInnen politisiert wurden und die Dynamik des Treffens aufrechterhalten wollten, z. B. durch Teilnahme an Talkshows oder Präsentationen in Landtagen. Er war aber skeptisch, ob temporäre Organisationen wie der Klimarat im Vergleich zu politischen Institutionen, wie Parlamenten, Regierungen und Lobbyorganisationen, in der Lage seien, dieses Engagement aufrechtzuerhalten. Auch in Schottland wurden TeilnehmerInnen mit dem Thema vertraut, sich der Dringlichkeit des Themas bewusst und zum Teil so weit politisiert, dass sie sich weiterhin in den politischen Prozess einbringen wollten und um ein Folgetreffen in einem Jahr ersuchten.

5. Erklärungsfaktoren für die Wirkungen von Klimaräten

InterviewpartnerInnen erklärten die Wirkungen von Klimaräten auf Politiken mit verschiedenen Faktoren, von denen wir drei auswählen:¹³

- der konkrete politische Kontext, in dem der Klimarat steht;
- die Legitimität des Klimarats, die wiederum stark mit der politischen Rolle und Macht des/der AuftraggeberIn verbunden ist;
- die Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Klimarat und politischen Institutionen.

Im Folgenden gehen wir auf diese Aspekte im Ländervergleich ein.

5.1 Der konkrete politische Kontext

Zunächst ist der konkrete politische Kontext wichtig, in dem der Klimarat stattfindet. In Frankreich waren dies die sozialen Unruhen der Gelbwesten-Bewegung. Auf diese reagierte der Präsident mit der Organisation der „Grand Débat“, um zu beruhigen und das Misstrauen gegenüber der Regierung abzubauen. Darüber hinaus sollte der Klimarat bei den Europawahlen dazu beitragen, die Stimmen grüner WählerInnen, die diese Initiative befürworteten, für die Partei des Präsidenten gewinnen. Der Interviewpartner sah den Klimarat in erster Linie von solchen strategischen Überlegungen motiviert.

In Irland war der Klimarat nicht der erste BürgerInnenrat. Von 2012 bis 2014 wurde ein BürgerInnenrat zur Verfassung organisiert, der sich mit dem bestehenden verfassungsrechtlichen Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe befasste und zu einem viel beachteten Referendum führte, das es aufhob. Der Klimawandel war nur eines von ins-

¹³ Neben diesen dreien sind für die Umsetzung von Empfehlungen der Klimaräte selbstverständlich Fragen von Macht und Interessen zentral. Dazu führten InterviewpartnerInnen folgende Erklärungsmuster an: (1) Eliten seien mehr an Eigeninteressen als am Gemeinwohl interessiert; (2) zur Umsetzung fehle es an politischem Druck durch soziale Bewegungen; (3) starke Interessengruppen sprächen sich gegen bestimmte Maßnahmen aus; (4) PolitikerInnen würden unpopuläre Maßnahmen vermeiden, wenn sie mit hohen Kosten für VerbraucherInnen verbunden seien. Darüber hinaus spielt eine Rolle, ob Formen deliberativer Demokratie in einem Land als legitime politische Instrumente angesehen werden oder nicht. Zusätzlich sind Fragen der Effizienz und Effektivität vorgeschlagener Maßnahmen sowie praktische Implementierungsprobleme politischer Maßnahmen für die Umsetzung von Vorschlägen von Klimaräten wichtig.

gesamt fünf Themen, die dem neuen BürgerInnenrat vorgelegt wurden. Er wurde auf Druck einer Oppositionspartei als Thema aufgenommen.

Obwohl die Geschichte partizipativer Experimente in Deutschland in die 1970er-Jahre zurückreicht, zögerten VertreterInnen repräsentativer Demokratie lange, sie auf nationaler Ebene anzuwenden. Ein Klimarat wurde vom deutschen Bundestag nicht finanziert, da sich die Regierungsparteien bereits auf eine Klimapolitik geeinigt hatten. Daher übernahm eine zivilgesellschaftliche Organisation die Organisation der Klimarat-Initiative. Dieser hatte keine formelle Anbindung an den politischen Prozess, war aber so angesetzt, dass er die Koalitionsverhandlungen im Bereich Klima beeinflussen konnte; die Parteien der damaligen Koalitionsregierung (SPD, Grüne und FDP) zeigten großes Interesse an den Ergebnissen der Versammlung.

In Schottland bestand aufgrund des Klimaschutzgesetzes des Jahres 2019 eine gesetzliche Verpflichtung, einen BürgerInnenrat zu organisieren.

5.2 Die Legitimität des Klimarats im Kontext bestehender politischer Institutionen

In Frankreich wurde der Klimarat vom Präsidenten initiiert, der, wie es ein Befragter formulierte, dem Prozess Legitimität verleihen oder entziehen kann. Er könne entscheiden, ob er zuhören wolle oder nicht. Im politischen Spektrum, so der Befragte, wurde die Bürgerversammlung auf sehr gegensätzliche Weise wahrgenommen: entweder als „demokratische Revolution“ oder als „populistischer Trick“, um „die Autorität des eigentlichen Parlaments zu untergraben und mit einem Marionettenparlament in den Händen des Präsidenten (...) zu diskreditieren.“

Die Legitimität der BürgerInnenräte wurde auch in Irland diskutiert. Im Zeitverlauf gelang es den OrganisatorInnen, diese aufzubauen und zu stärken. Von Beginn an stand die Versammlung, so die Befragte, unter Beobachtung von Interessengruppen, die sich im Abtreibungskonflikt als GegnerInnen positioniert hätten. Die Legitimität und Unparteilichkeit des Rates sowie die Berechtigung der TeilnehmerInnen, sich zu der Frage zu äußern, seien von diesen Gruppen immer wieder geprüft und hinterfragt worden. Auch sei die Legitimität der Versammlung im Verhältnis zum gewählten Parlament angezweifelt worden. Die OrganisatorInnen hätten viel Zeit darauf verwendet, den Prozess zu erklären.

Dass die BürgerInnenkonferenz sowohl von BefürworterInnen als auch von GegnerInnen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch beobachtet wurde, hätte jedoch, wie eine Interviewpartnerin berichtete, zur Verbesserung der Qualität des Prozesses beigetragen: Dadurch seien die OrganisatorInnen gezwungen gewesen, alle Entscheidungen gründlich zu überdenken und zu überlegen, wie sie mit möglicher Kritik umgehen könnten. Sie hätten auch eine aktive Medienstrategie verfolgt und regelmäßig Briefings abgehalten, in denen sie den Prozess und die getroffenen Entscheidungen detailliert erklärten und so Vertrauen aufbauten. Beim Thema Schwangerschaftsabbruch wäre dies wichtiger und stärker der Fall gewesen als beim Thema Klima. Ein weiterer wichtiger Faktor wäre die Einbeziehung der Öffentlichkeit gewesen und zu zeigen, dass jede/r

mit den OrganisatorInnen in Kontakt treten konnte und es keine „versteckte Agenda“ oder Intransparenz gab.

Die Legitimität kann jedoch jederzeit wieder angezweifelt werden, wenn die AkteurInnen mit Ergebnissen unzufrieden sind. Dies sei geschehen, so ein Befragter, als irische Landwirtschaftsorganisationen die Qualität der Diskussion und das Verständnis der BürgerInnen zum Thema als unzureichend kritisiert hätten. Im Nachhinein bedauerte er, dass für den Klimawandel nur zwei Wochenenden zur Verfügung gestanden hätten. Dadurch sei es unmöglich gewesen, mehr ReferentInnen einzubinden, mehr Themen zu diskutieren und letztlich die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Dies habe den Klimarat auch für Kritik anfälliger gemacht, da Themen nicht in der notwendigen Tiefe diskutiert werden konnten. Der Befragte fasst zusammen: „Wenn man Probleme mit der (...) Robustheit des Prozesses hat, untergräbt das letztlich die Empfehlungen.“ Dies zeigt, dass Unabhängigkeit, Prozessqualität, Legitimität und Wirkung eines BürgerInnenrates eng miteinander verknüpft sind.

Auch in Deutschland wurde die Legitimität des Klimarats diskutiert, da er nicht vom Parlament, sondern von NGOs organisiert wurde. Ein Befragter erwähnte die Kritik der konservativen Presse, dass der BürgerInnenrat parteiisch und einseitig auf Klima-AktivistInnen ausgerichtet sei. Er meinte jedoch, dass die meisten Medien am Prozess interessiert waren, ihn unterstützt hätten und die Kritik weniger heftig ausgefallen wäre, als er befürchtet hatte. Der Klimarat sei der Kritik der Parteilichkeit begegnet, indem er seine Unabhängigkeit betont und darauf hingewiesen habe, dass die präsentierte Expertise nicht einseitig sein dürfe, sondern fundiert und von ExpertInnen geprüft sein müsse.

Die Frage der Legitimität wurde in Schottland wenig diskutiert. Die befragte Person sagte, dass es einige Stimmen gegeben habe, die die Kosten und die Legitimität der Einberufung von 100 zufällig ausgewählten Personen kritisierten. Im Allgemeinen gebe es jedoch „eine andere Kultur der Beteiligung in Schottland und (...) ein wirklich starkes Engagement für die Beteiligung und Einbeziehung der Öffentlichkeit und für Konsultationen (seitens der derzeitigen Regierung, die schon eine Weile im Amt ist).“

5.3 Die Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Klimarat und Politik

Entscheidende Elemente für die Wirkung von BürgerInnenräten sind das Bestehen, die Form und Nutzung der Schnittstelle zu traditionellen politischen Institutionen: Gibt es dafür ein Verfahren oder muss ein neues geschaffen werden? Verpflichten sich politische AkteurInnen dazu, wie sie mit Empfehlungen umgehen? Wie bindend sind solche Verpflichtungen?

In Frankreich beschreibt die Entwicklung um die Frage „ohne Filter“ sehr gut die Dramatik dieses Aspekts politischer Wirkung. Der Präsident lehnte drei Empfehlungen des Klimarats ab, obwohl er versprochen hatte, dass es „keinen Filter“ für dessen Vorschläge geben werde. Dieses Versprechen, so ein Interviewpartner, war jedoch nur in einem „Mission Letter“ des Premierministers an den Präsidenten enthalten, der die Versammlung ankündigte. Einem Versprechen könne man glauben oder nicht, so der Gesprächspartner. Tatsächlich wurde das „Ohne-Filter“-Versprechen, das laut

dem anderen Interviewpartner den Menschen das Gefühl gab, direkt mit dem Präsidenten zu sprechen, nicht eingehalten. Dies hätte zu einer großen Enttäuschung geführt. Nach Abschluss des Klimarats wären die Vorschläge, wie bereits beschrieben, im traditionellen politischen Prozess „verwässert“ worden. Ein Interviewpartner verwies auf Schwachstellen im Transfer zwischen Klimaversammlung und konventioneller Politik. Er begründete diese mit der Neuartigkeit des Instruments, mit dem derzeit weltweit experimentiert werde und das nirgendwo institutionalisiert sei. Es wäre notwendig, so der Gesprächspartner, klare und transparente, greifbare institutionelle Verpflichtungen und Folgestrukturen zu schaffen. Dies würde auch die Skepsis gegenüber dem Instrument beseitigen.

In Irland beruhte die Verbindung zwischen BürgerInnenrat und traditioneller Politik auf dem Modell eines „Gemeinsamen Ausschusses“ der beiden Häuser des Parlaments, das für die Frage des Schwangerschaftsabbruchs geschaffen wurde. Zu diesem Thema wurde der Vorschlag des BürgerInnenrats, den BeobachterInnen zunächst als zu radikal und nicht im Einklang mit der Meinung der irischen WählerInnen einschätzen, einem Referendum unterzogen und von der Bevölkerung auch angenommen. Aufgrund der positiven Erfahrung wurde auch für das Thema Klimawandel ein Gemeinsamer Ausschuss eingerichtet. Die Empfehlungen des BürgerInnenrats wurden keinem Referendum unterzogen, sondern an den Gemeinsamen Ausschuss weitergeleitet, an dem auch ExpertInnen beider Seiten beteiligt waren. Dieser beriet mehrere Monate und formulierte schließlich eigene Empfehlungen, die weitgehend mit jenen des BürgerInnenrats übereinstimmten. Dies geschah nicht ohne Widerstand. Umwelt-NGOs drängten jedoch darauf und hatten schließlich Erfolg. Der Gemeinsame Ausschuss führte zu einem parteiübergreifenden Klimaschutzplan, der wiederum in das Klimaschutzgesetz 2020 einfluss, sowie zu einem zweiten Klimaschutzplan. Ein Befragter meinte, dass die Verbindung zwischen BürgerInnenrat und repräsentativer Demokratie die Legitimität des partizipativen Prozesses gestärkt habe.

Die Frage der Verbindung zwischen BürgerInnenrat und regulären politischen Institutionen wurde auch in Deutschland diskutiert. Einem Interviewpartner zufolge herrsche Einigkeit darüber, dass die Vorschläge des Klimarats nur Empfehlungen sind und kein „imperatives Mandat“ hätten. Die „Kraft der Empfehlungen“ und das Ausmaß, in dem politische EntscheidungsträgerInnen sie berücksichtigen sollten, würden jedoch diskutiert. Der Befragte erklärte, dass politische EntscheidungsträgerInnen den Empfehlungen folgen sollten, und schlug vor, sie zu verpflichten, schriftlich zu erklären, warum sie sich dafür entscheiden, einer Empfehlung nicht zu folgen. Der zweite Befragte betrachtete BürgerInnenversammlungen nicht als Konkurrenz, sondern Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Er skizzierte ein Modell der „kombinatorischen Demokratie“, in dem je nach Problem Elemente der direkten, der repräsentativen und der deliberativen Demokratie kombiniert werden, um Legitimität für Entscheidungen in Konfliktfällen zu erreichen. Er schlug vor, nach einiger Zeit eine Folgeveranstaltung zu organisieren, bei der PolitikerInnen dem BürgerInnenrat berichten, wie ihre Empfehlungen umgesetzt wurden.

In Schottland gab es zum Erhebungszeitpunkt Anzeichen für eine Institutionalisierung des Austausches zwischen Klimarat und regulären politischen Institutionen. Der Klimarat übermittelte seine Empfehlungen im Juni 2021. Die Regierung hatte sechs Monate Zeit, darauf zu reagieren. Die Interviewpartnerin meinte, dass die Antwort der Regierung recht detailliert und wohlüberlegt gewesen sei, was sich von vielen anderen BürgerInnenräten unterschied, die sie kenne. Bei der Versammlung Anfang 2021 hatte der Klimarat um ein Folgetreffen in einem Jahr gebeten, um in den politischen Umsetzungsprozess eingebunden zu bleiben. In Schottland war der Klimarat gesetzlich vorgeschrieben und die Forderung nach einer aussagekräftigen Antwort im Gesetz enthalten. Außerdem hätten alle ParteiführerInnen am letzten Wochenende der BürgerInnenkonferenz gesprochen und bestätigt, sich auf die Empfehlungen zu freuen. Innovativ sei im schottischen Fall, dass der Klimarat nach sechs Monaten erneut für ein Wochenende zusammentrat, um die Antwort der Regierung zu beraten. Dies sei nicht vorgesehen gewesen und bei keinem anderen ihr bekannten Klimarat erfolgt. Während der sechsmonatigen Reaktionszeit hätten Mitglieder des Klimarats, BeamtInnen und PolitikerInnen miteinander kommuniziert. Weiters wurde zum Erhebungszeitpunkt dazu aufgerufen, den Klimarat in einem Jahr erneut einzuberufen.

6. Zusammenfassung

Dieser Beitrag geht der Frage nach, was die Wirkung von Entscheidungen von Klimaräten auf die Politikgestaltung fördert und behindert. Als Näherungswerte wurden Einschätzungen von OrganisatorInnen und ExpertInnen verwendet, die an Klimaräten in Frankreich, Irland, Deutschland und Schottland beteiligt waren, sowie von ForscherInnen, die Klimaräte untersuchen. Identifiziert wurden unterschiedliche Wirkungen. In drei Fällen berichteten die InterviewpartnerInnen von signifikanten Wirkungen der Klimaräte auf Politiken; für Frankreich waren diese Wirkungen gering.

Die Erhebungsergebnisse zeigen aber, dass das Konzept von Wirkung breit gefasst werden muss (Wells et al. 2021). BürgerInnenräte können den Inhalt und die Qualität des politischen Diskurses beeinflussen, einen sicheren Raum für Diskussionen schaffen, Konflikte befrieden, neue Argumente hervorbringen, tief verwurzelte Annahmen in Frage stellen und klären oder die Orientierung am Gemeinwohl fördern (vgl. auch O'Malley et al. 2020, Wells et al. 2021, Garry et al. 2022). Darüber hinaus können sie Auswirkungen auf die TeilnehmerInnen haben, indem sie Wissen zu einem Thema erweitern, das Bewusstsein dafür sensibilisieren (siehe u. a. Grönlund et al. 2020, Saarikoski et al. 2023), Engagement erzeugen oder die TeilnehmerInnen politisieren.

Im Gegensatz dazu zeigt die Erhebung keine großen direkten Auswirkungen von Klimaräten auf Öffentlichkeit und Medien. Die Art und Weise, wie BürgerInnenräte organisiert und durchgeführt werden, wirkt sich auch auf die Legitimität von Instrumenten deliberativer Demokratie aus (Niemeyer 2013). In Deutschland, Irland und Schottland hatten partizipative Experimente zum Erhebungszeitpunkt an Dynamik gewonnen. In Frankreich war dies nicht der Fall.

Ein wichtiger Faktor für den Einfluss von BürgerInnenräten auf die Politik ist – neben Fragen von Interessen und Macht unterschiedlicher AkteurInnen – das Vorhandensein etablierter und legitimer Schnittstellen zwischen der demokratischen Innovation und der etablierten Politik. In Frankreich hätte dies ein Referendum sein können: Der Klimarat schreckte jedoch davor zurück, weil er fürchtete, dass die WählerInnen seine Vorschläge nicht unterstützen würden. Daher hatte die etablierte Politik die Möglichkeit, die Vorschläge des Klimarats nur begrenzt aufzugreifen und sie aus unterschiedlichen Gründen zu verwässern; so wurde die politische Wirkung des Klimarats und die Legitimität deliberativer Demokratie geschwächt. Im Gegensatz dazu zeigen Irland, Schottland und Deutschland Möglichkeiten auf, wie eine solche Schnittstelle gestaltet sein kann.

Länderspezifika im konkreten politischen Kontext, in Institutionen und Gesellschaft sind entscheidend für die Möglichkeiten und Wirkungen von Mini-Publics. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Geschichte, das Selbstverständnis und die Funktion unterschiedlicher AkteurInnen (z. B. PolitikerInnen und BeamtenInnen) und Institutionen (wie etwa Parlamente, Regierungen, Staatsoberhäupter, Verbände) innerhalb eines politischen Systems, die Wahrnehmung des Stellenwerts und der Legitimität von Partizipation innerhalb eines politischen Systems sowie lang- und mittelfristige historische Erfahrungen: Mit anderen Worten, was Ernst Hanisch „*politische Kultur*“ (2005) und Norbert Elias „*nationalen Habitus*“ (1990) nennen. Ein Beispiel dafür ist Schottland, dessen Parlament BürgerInnenbeteiligung als bestimmenden Aspekt schottischer Identität hervorhebt.¹⁴

Auch die Legitimität des Prozesses ist von entscheidender Bedeutung. Sie wird in einigen Ländern stärker in Frage gestellt als in anderen (Joss 1998, Hendricks 2005). So wurde die Legitimität des französischen Klimarats besonders hinterfragt: Der Präsident setzte den Klimarat ein, um den Druck der Gelbwesten-Bewegung aufzufangen. Die Legitimität war in Schottland und Deutschland weniger ein Problem, wurde aber in Irland ebenfalls diskutiert. Legitimität ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und kann, wie die Beispiele Irland und Deutschland demonstrieren, über die Zeit zu- oder abnehmen. Wie der irische Fall zeigt, kann Legitimität auch während des BürgerInnenrats aufgebaut und gestärkt werden.

Die Wirkung von Klimaräten hängt auch davon ab, wieviel Zeit seit ihrem Ende vergangen ist. In Frankreich und Irland, wo die Klimaräte früher stattfanden, waren bereits Gesetze in Kraft getreten. In Schottland war die Interaktion zwischen BürgerInnenrat und Parlament im Frühjahr 2022 im Gang; in Deutschland beschränkte sich die Wirkung auf Absichtserklärungen.

In allen Fällen stellt sich die Frage nach dem Zusammenspiel repräsentativer, direkter und deliberativer Demokratie. Daher sind weitere Forschung und vor allem Praxis

¹⁴ Andrews et al. (2022, 10) sehen ein besonderes Engagement seitens der schottischen Regierung, „*das die Notwendigkeit betont, in ständigem Dialog mit der schottischen Bevölkerung zu stehen: zuhören, sich engagieren und reagieren und auf dem Grundsatz aufbauen, dass jede/r das Recht hat, die gemeinsame Zukunft Schottlands mitzugestalten*“ (Übersetzung der AutorInnen).

notwendig, insbesondere um potenzielle Schnittstellen zwischen BürgerInnenräten, repräsentativer und direkter Demokratie, aber auch der Verwaltung besser zu verstehen.

7. Lehren und Limitationen

Aus den Fällen können mehrere Lehren gezogen werden:

- Eine BürgerInnenversammlung muss sorgfältig organisiert sein. Legitimität, Prozessqualität, Neutralität des Prozesses (vgl. auch Farrell et al. 2020, Fitzgerald 2021), Ergebnisqualität und Wirkung (Font et al. 2018) sind eng miteinander verknüpft. Daher muss der gesamte Prozess so transparent wie möglich gestaltet werden. Die OrganisatorInnen sollten sich bewusst sein, dass der Prozess und alle Entscheidungen in Frage gestellt werden können. Probleme im Prozess wirken sich negativ auf die Legitimität der Empfehlungen, die Auswirkungen und letztlich die Legitimität des Klimarats aus.
- Es ist wichtig, mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten und Vertrauen aufzubauen (z. B. mit Medien), indem man den Prozess erklärt und für Fragen zur Verfügung steht.
- Werden politische Empfehlungen nicht umgesetzt oder die Reaktionen darauf nicht erklärt, wird die Legitimität des BürgerInnenrats in Frage gestellt.
- Eine klare Schnittstelle zur traditionellen Politik ist von entscheidender Bedeutung. Um Skepsis entgegenzuwirken, muss es klare, transparente und greifbare institutionelle Strukturen und Schnittstellen geben, die auch eine Überprüfung nach der Versammlung ermöglichen. Diese müssen deutlich kommuniziert werden. Beispiele sind:
 - Parlamentsausschüsse (Irland).
 - Schriftliche Stellungnahmen von politischen EntscheidungsträgerInnen, wie jeder Vorschlag von den politischen Institutionen behandelt wurde (Schottland; in Deutschland diskutiert).
 - Volksabstimmung (Irland, in Frankreich möglich, aber nicht durchgeführt).
 - EntscheidungsträgerInnen kommunizieren klar den Zeitrahmen für die Umsetzung von Maßnahmen (Schottland).
 - EntscheidungsträgerInnen kommunizieren klar die Anforderungen, die Dauer und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen.
 - Es werden Experimente durchgeführt, um die TeilnehmerInnen der Klimaräte weiter zu involvieren und die Dynamik der Klimaräte aufrechtzuerhalten (Schottland, Frankreich und Deutschland als Eigeninitiativen).

Diese Studie hat mehrere Einschränkungen. Erstens wurden die Einschätzungen der OrganisatorInnen und ForscherInnen als Näherungswert für die Wirkung der Klimaräte verwendet. Die Untersuchung basiert auf Interviews mit ExpertInnen und nicht auf einer systematischen Inhaltsanalyse der Ergebnisse von Klimakonferenzen und deren Spuren in politischen Institutionen. Zweitens wurde nur eine kleine Zahl von Ex-

pertInnen befragt. Drittens hatten die meisten Befragten die Klimakonferenzen entweder organisiert oder beraten. Ihre Einschätzung könnte daher verzerrt sein. Schließlich liegt die Datenerhebung drei Jahre zurück, sodass eine neuerliche Erhebung neue Erkenntnisse bringen kann. Weitere Untersuchungen sollten sowohl die angewandten Methoden erweitern, um auch Dokumentenanalysen einzubeziehen, als auch zusätzliche Interviews durchführen, etwa mit PolitikerInnen, BeamtenInnen, TeilnehmerInnen, Medien sowie mit VertreterInnen verschiedener Interessengruppen und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Literatur

- Andrews, Nadine et al. (2022) *Scotland's Climate Assembly Research Report: Process, Impact and Assembly Member Experience*, verfügbar unter: <https://www.gov.scot/binaries/content/documents/govscot/publications/research-and-analysis/2022/03/scotlands-climate-assembly-research-report-process-impact-assembly-member-experience/documents/scotlands-climate-assembly-research-report-process-impact-assembly-member-experience/scotlands-climate-assembly-research-report-process-impact-assembly-member-experience/govscot%3Adocument/scotlands-climate-assembly-research-report-process-impact-assembly-member-experience.pdf>, 2. 3. 2025.
- Blue, Gwendolyn (2015) *Public Deliberation with Climate Change: Opening Up or Closing Down Policy Options?* In: Review of European, Comparative & International Environmental Law, Nr. 2, 152–159, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/reel.12122>.
- Buzogány, Aron et al. (2022) *Evaluation Report of the Austrian Climate Citizens' Assembly. Assessment of Input, Process, and Output*, verfügbar unter: <https://boku.ac.at/wiso/ifer/publikationen/diskussionspapiere>, 2. 3. 2025.
- Bürgerrat Klima (n. d.) <https://buergerrat-klima.de/>, 15. 1. 2025.
- Convention Citoyenne pour le Climat (n. d.) <https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/en/>, 15. 1. 2025.
- Courant, Dimitri (2021) *Citizens' Assemblies for Referendums and Constitutional Reforms: Is There an "Irish Model" for Deliberative Democracy?* In: Frontiers in Political Science, Nr. 2, 14, verfügbar unter: <https://doi.org/10.3389/fpos.2020.591983>.
- Devaney, Laura et al. (2020) *Ireland's Citizens' Assembly on Climate Change: Lessons for Deliberative Public Engagement and Communication*. In: Environmental Communication, Nr. 2, 141–146, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/17524032.2019.1708429>.
- Dryzek, John S. et al. (2019) *Deliberative Global Governance*, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/9781108762922>.
- Dryzek, John S./Tucker, Aviezer (2008) *Deliberative Innovation to Different Effect: Consensus Conferences in Denmark, France, and the United States*. In: Public Administration Review, Nr. 5, 864–876.
- Elias, Norbert (1990) *Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M.
- Elstub, Stephen et al. (2020) *Research Report on the Citizens' Assembly of Scotland*. Scottish Government Social Research. Edinburgh, verfügbar unter: <https://www.gov.scot/isbn/9781802018943>, 2. 3. 2025.
- Elstub, Stephen et al. (2021) *The Scope of Climate Assemblies: Lessons from the Climate Assembly UK*. In: Sustainability, Nr. 13, verfügbar unter: <https://doi.org/10.3390/su132011272>.
- Escobar, Oliver/Elstub, Stephen (2019) *Introduction to the Handbook of Democratic Innovation and Governance: The Field of Democratic Innovation*. In: Elstub, Stephen/ Escobar, Oliver (eds.) Handbook of Democratic Innovation and Governance. Elgaronline. Cheltenham, 1–9.
- Farrell, David M. et al. (2019) *Systematizing' Constitutional Deliberation: The 2016–18 Citizens' Assembly in Ireland*. In: Irish Political Studies, Nr. 1, 113–123, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/07907184.2018.1534832>.
- Font, Joan et al. (2018) *Cherry-picking Participation: Explaining the Fate of Proposals from Participatory Processes*. In: European Journal of Political Research, Nr. 3, 615–636, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12248>.
- Fournier, Patrick et al. (2011) *When Citizens Decide: Lessons from Citizen Assemblies on Electoral Reform*. Oxford, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199567843.001.0001>.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003) *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*. Wien.
- Garry, John et al. (2022) *The Perception of the Legitimacy of Citizens' Assemblies in Deeply Divided Places? Evidence of Public and Elite Opinion from Consociational Northern Ireland*. In: Government and Opposition, Nr. 4, 532–551, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/gov.2021.4>.
- Giraudet, Louis-Gaëtan et al. (2021) *Deliberating on Climate Action: Insights from the French Citizens' Convention for Climate*, verfügbar unter: <https://hal-enpc.archives-ouvertes.fr/hal-03119539>, 2. 3. 2025.
- Grossman, Emiliano (2019) *France's Yellow Vests – Symptom of a Chronic Disease*. In: Political Insight, Nr. 1, 30–34, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/2041905819838152>.
- Grönlund, Kimmo et al. (2020) *Can Politicians and Citizens Deliberate Together? Evidence from a Local Deliberative Mini-public*. In: Scandinavian Political Studies, Nr. 4, 410–432, verfügbar unter: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1467-9477.12231>.
- Gupta, Joyeeta et al. (2007) *Climate Change: A 'Glocal' Problem Requiring 'Glocal' Action*. In: Environmental Sciences, Nr. 3, 139–148, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/15693430701742677>.
- Hammond, Marit (2021) *Democratic Innovations after the Post-democratic Turn: Between Activation and Empowerment*. In: Critical Policy Studies, Nr. 2, 174–191, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/19460171.2020.1733629>.
- Hanisch, Ernst (2005) *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert: 1890–1990*. Österreichische Geschichte, Bd. 11. Wien.
- Harris, Clodagh (2021) *Looking to the Future? Including Children, Young People and Future Generations in Deliberations on Climate Action: Ireland's Citizens' Assembly 2016–2018*. In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, Nr. 5, 677–693, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13511610.21.1968356>.
- Heidenheimer, Arnold J. (1986) *Politics, Policy and Language as Concepts in English and Continental Languages: An Attempt to Explain Divergences*. In: The Review of Politics, Nr. 1, 3–30.
- Hendriks, Carolyn M. (2005) *Participatory Storylines and their Influence on Deliberative Forums*. In: Policy Sciences, Nr. 1, 1–20, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11077-005-0870-3>.
- Joss, Simon (1998) *Danish Consensus Conferences as a Model of Participatory Technology Assessment: An Impact Study of Consensus Conferences on Danish Parliament and Danish Public Debate*. In: Science and Public Policy, Nr. 1, 2–22, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/spp/25.1.2>.
- Karlsson, Martin et al. (2021) *Democratic Innovation in Times of Crisis: Exploring Changes in Social and Political Trust*. In: Policy and Internet, Nr. 1, 113–133, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1002/poi3.248>.
- Kersting, Norbert (2021) *Participatory Democracy and Sustainability. Deliberative Democratic Innovation and Its Acceptance by Citizens and German Local Councilors*. In: Sustainability, Nr. 13, 7214, verfügbar unter: <https://doi.org/10.3390/su13137214>.
- Klimarat.org – Der Klimarat (n. d.) <https://klimarat.org>, 12. 1. 2025.
- KNOCA (Knowledge Network on Climate Assemblies) (n. d.) <https://knoca.eu/>, 12. 1. 2025.
- Lafont, Cristina (2017) *Can Democracy be Deliberative & Participatory? The Democratic Case for Political Uses of Mini-publics*. In: Daedalus, Nr. 3, 85–105, verfügbar unter: https://doi.org/10.1162/DAED_a_00449.
- Mansbridge, Jane et al. (2012) *Deliberative Systems. Deliberative Democracy at the Large Scale*. In: Mansbridge, Jane et al. (eds.) A Systematic Approach to Deliberative Democracy. Cambridge, UK, 1–26, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/CBO9781139178914.002>.
- Muradova, Lala et al. (2020) *Climate Change Communication and Public Engagement in Interpersonal Deliberative Settings: Evidence from the Irish Citizens' Assembly*. In: Climate Policy, Nr. 10, 1322–1335, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/14693062.2020.177928>.

- Niemeyer, Simon (2013) *Democracy and Climate Change: What Can Deliberative Democracy Contribute?* In: Australian Journal of Politics & History, Nr. 3, 429–448, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/ajph.12025>.
- Niessen, Christoph (2019) *When Citizen Deliberation Enters Real Politics: How Politicians and Stakeholders Envision the Place of a Deliberative Mini-public in Political Decision-making.* In: Policy Sciences, Nr. 3, 481–503, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11077-018-09346-8>.
- O'Malley, Eoin et al. (2020) *Does Talking Matter? A Quasi-experiment Assessing the Impact of Deliberation and Information on Opinion Change.* In: International Political Science Review, Nr. 3, 321–334, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0192512118824459>.
- OECD (2020) *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave.* Paris, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/339306da-en>.
- Papadopoulos, Yannis/Warin, Philippe (2007) *Are Innovative, Participatory and Deliberative Procedures in Policy Making Democratic and Effective?* In: European Journal of Political Research, Nr. 4, 445–472, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2007.00696.x>.
- Rittel, Horst W. J./Webber, Melvin M. (1973) *Dilemmas in a General Theory of Planning.* In: Policy Sciences, Nr. 2, 155–169, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/BF01405730>.
- Ross, Army et al. (2021) *Deliberative Democracy and Environmental Justice: Evaluating the Role of Citizens' Juries in Urban Climate Governance.* In: Local Environment, 0(0), 1–20, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13549839.2021.1990235>.
- Saarikoski, Heli et al. (2023) *Deliberating Just Transition: Lessons from a Citizens' Jury on Carbon-neutral Transport.* In: Sustainability: Science, Practice and Policy, Nr. 1, 2261341, verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/15487733.2023.2261341>.
- Smith, Graham (2009) *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation.* Cambridge, UK, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/CBO9780511609848>.
- Smith, Graham/Setälä, Maija (2018) *Mini-Publics and Deliberative Democracy.* In: Bächtiger, André et al. (eds.) *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy.* Oxford Handbooks, online edition. Oxford Academic, 9 Oct. 2018, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.013.27>.
- Stack, Shauna/Griessler, Erich (2022) *From a "Half Full or Half Empty Glass" to "Definitely a Success". Explorative Comparisons of Impacts of Climate Assemblies in Ireland, France, Germany and Scotland.* IHS Working Paper, Nr. 39. Vienna, verfügbar unter: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6113/9/ihs-working-paper-2022-stack-griessler-comparison-impacts-climate-assemblies.pdf>.
- Torney, Diarmuid (2021) *Deliberative Mini-publics and the European Green Deal in Turbulent Times: The Irish and French Climate Assemblies.* In: Politics and Governance, Nr. 3, 380–390, verfügbar unter: <https://doi.org/10.17645/pag.v9i3.4382>.
- Verret-Hamelin, Antoine/Vandamme, Pierre-Étienne (2021) *The Green Case for a Randomly Selected Chamber.* In: Contemporary Political Theory, Vol. 21, 1–22, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1057/s41296-021-00491-z>.
- Vlerick, Michael (2020) *Towards Global Cooperation: The Case for a Deliberative Global Citizens' Assembly.* In: Global Policy, Nr. 3, 305–314, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/1758-5899.12785>.
- Wells, Rebecca (2022) *Citizens' Assemblies and Juries on Climate Change: Lessons from Their Use in Practice.* In: Howarth, Candice et al. (eds.) *Addressing the Climate Crisis: Local Action in Theory and Practice.* Cham, 119–128, verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-030-79739-3_11.
- Wells, Rebecca et al. (2021) *Are Citizen Juries and Assemblies on Climate Change Driving Democratic Climate Policymaking? An Exploration of Two Case Studies in the UK.* In: Climatic Change, Nr. 1–2, 1–22, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s10584-021-03218-6>.

Kontakt:

erich.griessler@ihs.ac.at
shaunasta@gmail.com